



Ein Sozialpaket für die Bundespolizei

Von Jörg Radek, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei

Unter dem Motto „Etwas für die tun, die da sind!“, haben wir Bundesinnenminister Seehofer aufgefordert, als Zeichen der Wertschätzung und der Anerkennung der besonderen Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen ein soziales Programm für die Bundespolizei aufzulegen und dafür sechs Forderungen formuliert.

Es war der erste Besuch des neuen Bundesinnenministers bei der Bundespolizei, als Horst Seehofer Mitte Mai zum Präsidium nach Potsdam kam, um sich u. a. von der Arbeit unserer Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei, der BFE+ und der Einsatzmittel ein Bild zu machen. Ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Bereits bei seiner Antrittsrede im März legte Seehofer Wert darauf, das Bild eines Ministers zu zeichnen, der sich um „seine“ Beschäftigten kümmert. Er warb dafür, deutlich mehr für die zu tun, „die für uns täglich den Kopf hinhalten“ und gab sich kämpferisch im Einsatz für die

Sicherheitskräfte. Das klingt gut in den Ohren jedes Bundespolizisten – solch eine Rede, so nah am täglichen Geschehen in der Bundespolizei und den Problemen der Kolleginnen und Kollegen ließ sein Vorgänger de Maizière stets vermissen.

Doch drei Monate später muss erlaubt sein zu fragen, was aus diesen gut klingenden Ankündigungen geworden ist. Nicht aus Ungeduld sondern aufgrund der Notwendigkeit: Während die Bundespolizei nach wie vor weit weg ist von einer echten Konsolidierung, Bahnhöfe und ganze Grenzabschnitte unbewacht sind, die Bereitschaftspolizei unter den Belastungen ächzt und jungen Tarifbeschäftigte keine Perspektive geboten wird (um nur einige wenige Beispiele zu nennen), beschäftigt sich der Bundesinnenminister lieber mit politischem Blendwerk wie den „AnKER“-Zentren – die im Übrigen, so sie denn eingeführt werden, die Gefahr einer zusätzlichen Belastung für die Bundespolizei bergen. Wir brauchen keine neuen Aufgaben! Wir brauchen Personal und Sachmittel, um den bereits heute bestehenden gesetzlichen Auftrag erfüllen zu



Foto: GdP

können! Und wir brauchen kurzfristige Verbesserungen und Entlastungen für die, die da sind!

Mit unserem Sozialpaket haben wir konkrete und schnell umsetzbare Vorschläge gemacht, wie der Bundesinnenminister unseren Kolleginnen und Kollegen gegenüber kurzfristig und ohne großen Aufwand echte Wertschätzung zeigen kann.

Dazu zählt der Aufstieg in den gehobenen Dienst durch Überführung: Durch die zusätzlichen Planstellen und verstärkte Altersabgänge wird sich der zu deckende Personalbedarf im gPVD bis 2024 auf fast 9000 summiert haben. Wir schlagen vor, zunächst in einem Sofortprogramm die 3000 leistungsstärksten Polizeihauptmeister und Polizeihauptmeister mit Amtszulage prüfungsfrei in den gPVD zu überführen und zu Polizeikommissaren bzw. -oberkommissaren zu ernennen. Das ist zum einen sachgerecht, soweit die Beamten eine der 17 125 Funktionen des mittleren Dienstes ausüben, die das Bundesinnenministerium (BMI) als dem gehobenen Dienst zuordnungsfähig deklariert hat: Überdurchschnittliche Leistungen rechtfertigen die Feststellung der Bewährung und Eignung. Zum anderen haben Bundespolizei und mehrere Landespolizeien bereits positive Erfahrungen mit solchen Überführungen gemacht. Darüber

Sechs-Punkte-Sozialpaket

So könnte der Bundesinnenminister im Handumdrehen Entlastung für diejenigen Kolleginnen und Kollegen schaffen, die in den vergangenen Jahren die starken Belastungen in der Bundespolizei zu tragen hatten: Einfach unsere Forderungen umsetzen!

1. Aufstieg in den gehobenen Dienst durch Überführung
 2. Weitere Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit in operativen Polizeiverwendungen
 3. Erstattung von zusätzlichen Betreuungskosten bei auswärtigen Einsätzen oder Übungen
 4. Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
 5. Sicherheitszulage für ArbeitnehmerInnen der Bundespolizei
 6. Kaufkraftausgleich in Hochpreisregionen
- Darüber hinaus gibt es für uns aber natürlich noch weitere, wesentlich dickere Bretter zu bohren: Unsere Verbesserungsvorschläge findet Ihr ausführlich in unserem Konsolidierungsprogramm und jederzeit auf unserer Homepage unter www.gdpbundespolizei.de beschrieben.

AS



hinaus können die weiteren 6000 benötigten Polizeibeamten des gD nach der erforderlichen Überarbeitung der laubahnrechtlichen Vorschriften unter Verteilung nach dem vereinbarten „Drittel-Mix“ in die Aufstiegsverfahren einsteigen.

Wir wollen weiterhin eine Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit in operativen Polizeiverwendungen: Die gegenwärtigen Pläne des BMI sehen für ca. 6000 Beamte im Einsatzdienst vor, dass ihnen ab dem 30. 6. 2018 die Ruhepausen nicht mehr auf die Arbeitszeit angerechnet werden sollen. Hier besteht ein grundsätzlicher Dissens zwischen BMI auf der einen und GdP, Personalvertretungen und Bundespolizeifüh-

rung auf der anderen Seite. Wir erwarten, dass die im Dezember 2013 durch das BMI verfügte Anrechnungsvorschrift (ggf. durch eine Novellierung der Arbeitszeitverordnung oder die Schaffung einer Arbeitszeitverordnung Polizei) und auf Dauer Bestand hat.

Erstattung von zusätzlichen Betreuungskosten: Das in dieser Sache federführende Bundesfamilienministerium (BMFS-FJ) hat dem BMI bereits im vergangenen Jahr mitgeteilt, dass auch für Einsätze und Übungen der Bundespolizei eine Erstattung zusätzlich anfallender Betreuungskosten für Kinder und Pflegepersonen auf Grundlage des § 10 BGlG möglich ist. Auch das BMVG hat für seine SoldatInnen solche Erstattungsregeln erlassen. Unverständlicherweise versperrte sich das BMI dieser Rechtsauffassung, die auch von der Bundespolizeiführung und den Personalvertretungen unterstützt wurde. Im Ergebnis sind Polizeibeamte im auswärtigen Einsatz schlechtergestellt als dienstreisende Ministerialbeamte oder Bundeswehrsoldaten bei einer Übung. Hier kann schnell Abhilfe geschaffen werden!

Wir wollen außerdem die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage: Die im Freistaat Bayern und im Land Nordrhein-Westfalen aus guten Gründen wieder eingeführte Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage steht auch für die Bundespolizei ganz oben auf der Tagesordnung. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum Bundespolizisten schlechter behandelt werden sollten als Polizeibeamte in Bayern. Also: Her damit!

Lange überfällig ist die Einführung einer Sicherheitszulage für ArbeitnehmerInnen: Nach den fortgeltenden Vorschriften des Tarifvertrages über Zulagen an Angestellte bei den Sicherheitsdiensten des Bundes vom 21. 6. 1977 erhalten Arbeitnehmer beim BKA, dem BfV und dem BND für die Dauer ihrer Verwendung bei den Sicherheitsbehörden des Bundes eine Zulage unter den gleichen Voraussetzungen, in der gleichen Höhe und in dem gleichen Umfang, wie sie die entsprechenden vergleich-



Karikatur: Aiff

baren Beamten erhalten. Es gibt keinen Grund, warum die Arbeitnehmer der Bundespolizei weiterhin von der Gewährung einer solchen Zulage ausgeschlossen bleiben sollen. Die GdP schlägt vor, die Arbeitnehmer der Bundespolizei ebenfalls in den Begünstigtenkreis aufzunehmen.

Kaufkraftausgleich: Tragender Gedanke der Grundsätze des Berufsbeamtentums ist, dass sich in der Lebenswirklichkeit die Beamten ohne Rücksicht auf die Größe ihrer Familie annähernd das Gleiche leisten können müssen. Die Lebenswirklichkeit der Beamten hat sich von diesem Anspruch inzwischen weit entfernt. Insbesondere in Regionen, die sowohl personeller Einsatzschwerpunkt als auch Hochpreisregion sind, bedarf es deshalb dringend eines Kaufkraftausgleichs. Besonders betroffen sind von dem Gefälle der Lebenshaltungskosten einmal mehr auch unsere Tarifbeschäftigten, die finanziell ohnehin in vielen Fällen wesentlich schlechtergestellt sind als die Beamten. Eine reine Wiederbelebung der Wohnungsfürsorge ist aufgrund des langwierigen Verfahrens nicht wirksam genug. Wir pochen auf dem Kaufkraftausgleich!

Unser GdP-Sozialpaket enthält somit einfache umzusetzende Sofortmaßnahmen, mit denen der Minister seine Mitarbeiterorientierung beweisen und seinem Anspruch gerecht werden könnte, die Bundespolizei als attraktiven und modernen Arbeitgeber zu etablieren. Die Gewerkschaft der Polizei steht jederzeit für Gespräche zur Verfügung!



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:

Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Anja Scheuermann
Tel.: 0211-7104514
E-Mail: scheuermann@gdp-bundespolizei.de

Die Redaktion behält sich vor,
LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich
gekennzeichnete Artikel stellen nicht in
jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.
Nachdruck und Verwertung, ganz oder
teilweise – auch in elektronischen Medien –
nur mit ausdrücklicher Genehmigung der
Redaktion.

Dies gilt auch für die Aufnahme in
elektronische Datenbanken und Mailboxes
sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



WECHSEL IM AMT DES GPR-VORSITZENDEN



Der GdP-Direktionsgruppenvorsitzende Heinz Selzner zwischen dem neuen und dem scheidenden GPR-Vorsitzenden: Guido Kuhn (li.) und Wolfgang Gieck (re.).
Foto: GdP-Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei.

Mit Wolfgang Gieck wurde der langjährige Vorsitzende des Gesamtpersonalrates (GPR) bei der Direktion Bundesbereitschaftspolizei in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Seine Nachfolge übernimmt Guido Kuhn aus der BPOLABT Bad Bergzabern.

Fast genau neun Jahre war Wolfgang Gieck Vorsitzender des GPR. Mit viel Fleiß und Beharrlichkeit ist er in all diesen Jahren für die Interessen der Beschäftigten eingetreten, sei es in den Sitzungen des GPR, in zahlrei-

chen Besprechungen in der Direktion und den Standorten der Bundesbereitschaftspolizei oder in Verhandlungen mit den Sachbearbeitern in Fulda.

Auch in der GdP ist Wolfgang weit über die Grenzen der Bundesbereitschaftspolizei bekannt und langjährig aktiv gewesen. Die meisten der Beschäftigten unserer Direktion kennen ihn aus seinen zahlreichen Teilnahmen an den Personalversammlungen in den Standorten. Wolfgang ist kein Mann der lauten Töne, dennoch hat man ihm genau zugehört und auch auf ihn gehört. So konnte er viele

wichtige Entscheidungen in der Direktion mitgestalten und für die Menschen in unserer Organisation wirken.

Im Rahmen der Feier zu seiner Verabschiedung in den Ruhestand dankten ihm Präsident Uwe Sieber und der Vorsitzende der GdP-Direktionsgruppe Heinz Selzner für seine engagierte Arbeit über diesen langen Zeitraum. Auch an dieser Stelle möchten wir noch einmal Danke sagen, verbunden mit den Wünschen für eine gute Zeit im neuen Lebensabschnitt!

Zum neuen Vorsitzenden wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende Guido Kuhn von der Bundespolizeiabteilung Bad Bergzabern gewählt. Der 54-jährige war dort lange Zeit GdP-Kreisgruppenvorsitzender, bevor er seinen dienstlichen Schwerpunkt in der Arbeit des GPR gefunden hat. Als langjährigem Vorsitzenden des Kreises Südpfalz des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist ihm der Tarifbereich sehr wichtig. Hier möchte er sich für Veränderungen u. a. in der Bezahlungsstruktur einsetzen. Vorderstes Ziel ist es jedoch, die personelle Notsituation der Bundesbereitschaftspolizei zu beheben. Derzeit fehlen rund 900 Beschäftigte. In Verbindung mit den vielen Abordnungen ist die Einsatzstärke der Einheiten auf eine nicht mehr vertretbare Größe gefallen.

Wir wünschen Guido viel Erfolg im neuen Amt und Wolfgang alles Gute für den neuen Lebensabschnitt!

Heinz Selzner für die GdP-Direktionsgruppe Bereitschaftspolizei

HIMMELFAHRT IN BAD DÜBEN

Kurz vor Christi Himmelfahrt, oder besser gesagt: dem Vatertag, haben es sich die Frauen der GdP-Kreisgruppe Bad Düben nicht nehmen lassen, die Männer der Abteilung schon mal auf den bevorstehenden „Männertag“ einzustimmen.

So wurden Kaffee und leckere Bratwurst mit Brötchen vom Grill vorbereitet. Eine willkommene Überraschung für die Einsatzkräfte, die aus dem Einsatz zurückkamen: In der Hundertschaft wartete ein Feierabendbier auf sie. Eine gute Gelegen-

heit, einmal wieder miteinander ins Gespräch zu kommen.

Ganz herzlich wollen wir uns bei allen Helfern bedanken, vor allem bei unserer RBW für die Bereitstellung des Grills und bei unserem Standortservice für die Unterstützung mit Bierzeltgarnituren und der reichlichen Verpflegung.

So hatten alle einen schönen Feiertag!

Kartin Rudolph für die GdP-Kreisgruppe Bad Düben



Gute Stimmung beim gemeinsamen Grillen in Bad Düben.

Foto: GdP



POLITISCHE GESPRÄCHE



MdB Ingo Gädechens (3. v. re.) im Gespräch mit den GdP-Kollegen in Neustadt. Foto: GdP

Anfang Mai trafen sich auf Einladung der GdP-Direktionsgruppe Küste acht Kollegen der Inspektionen Kiel und Neustadt sowie des Direktionsbereiches See mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Ingo Gädechens in Neustadt. Thema war die aktuelle personelle Situation der Bundespolizei im Norden und deren Auswirkung auf die Kolleginnen und Kollegen.

MdB Gädechens gab uns einen guten Überblick über seine Tätigkeiten als Parlamentarier, insbesondere im Haushaltsausschuss. Sehr interessiert hörte er sich die Ausführungen und unsere Erwartungen zur Personalmehrung bei der Bundespolizei an. Wir informierten den Abgeordneten auch über unsere Meinung zu weiteren möglichen Aufgaben für die Bundespolizei (Koalitionsvertrag versus BM Seehofer), dem Aufbau einer Bayerischen Grenzpolizei (Auswirkun-

gen für unseren Bereich), dem Rückzug aus der Fläche im bahnpolizeilichen Bereich (vor allem auch in seinem Wahlkreis), einer Aufhebung der „Ministeranordnung“ vom 13. September 2015, die Arbeitszeit bei der Bundespolizei See i. V. m. den neuen Einsatzschiffen, Fronteinsätze in der Zukunft, die Umstrukturierung der Bundespolizei See (Auswirkungen für Neustadt und für die Kolleginnen und Kollegen) und auch die Umsetzung der Forderungen im Haushalt.

Bei den Themen wurde teilweise emotional diskutiert und an Ideen und Lösungen gearbeitet. Ihm war dabei sehr wichtig, dies nicht nur von Funktionsträgern der GdP zu hören, sondern von Kolleginnen und Kollegen der „Straße“ bzw. des „Schiffes“. Uns war es wichtig, MdB Gädechens über diese Themen zu informieren, Hintergründe zu liefern und ihn zu sensibilisieren für seine Arbeit in Berlin und vor Ort.

Einig war man sich darin, diese Gespräche in regelmäßigen Abständen weiterzuführen.

Dirk Stooß für die GdP-Direktionsgruppe Küste



Wolfgang Strahberger, David Feldmann, MdL Eva Gottstein und MdL Hubert Aiwanger (beide Freie Wähler) und Gerhard Thamm

Die Verlautbarung des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, in Bayern wieder eine Grenzpolizei zu installieren, war für die GdP-Kreisgruppe Passau Anlass, um diese Thematik mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Politik zu diskutieren.

Unter der Überschrift „Söders Idee und was wir davon halten“ sprachen die GdP-KollegInnen Gerhard Tamm, Tanja Kumpfmüller-Döbler und David Feldmann mit regionalen Vertretern des Bundestages und des Bayerischen Landtages mit der Zielrichtung, diesen die Aufgaben und Leistungen der Bundespolizei darzustellen.

Schwerpunkte hierbei waren die grenzpolizeilichen Aufgaben und Zuständigkeiten der Bundespolizei, die fehlende gesetzliche Zuständigkeit der „bayerischen Grenzpolizei“ an der Grenze sowie die Problemstellungen im Bereich der Bahnpolizei.

2015 begann die Massenmigration, wobei die Bundespolizei Freyung/

Passau aber bereits im Vorfeld stark gefordert war. Insbesondere der marode Zustand des damaligen Bahnhofsreviers Passau im Zusammenhang mit dem stetig wachsenden Arbeitsaufwand brachte die Bundespolizisten an ihre Grenzen. Trotz der andauernden Belastung, die in der Massenmigration 2015/2016 ihren Höhepunkt hatte, blieben und bleiben die Kolleginnen und Kollegen hoch motiviert und leisten tagtäglich professionelle Arbeit.

2016 entstanden an der Südgrenze zwei neue Bundespolizeiinspektionen in Kempten und Freilassing. Außerdem wurde der Standort der Bundespolizeiinspektion Freyung nach Passau verlegt. Durch diese breite örtliche Aufstellung in der Fläche konnten die Arbeitsabläufe verbessert und die BeamtInnen noch effektiver eingesetzt werden. Durch die Umstrukturierung in diesem Bereich erhöht sich sukzessiv die Anzahl der stationierten Bundespolizisten im südlichen Grenzraum.

Die Gewerkschafter erläuterten unter anderem, dass die Zuständig-



POLITISCHE GESPRÄCHE



GdP-Kollegen Feldmann und Thamm mit MdB Thomas Erndl (CSU).

keit der Bundespolizei eben nicht einen Zentimeter nach der Grenze aufhört, wie es Markus Söder mehrmals gegenüber der Presse geäußert hatte. Denn die Bundespolizei führt neben den Grenzkontrollen auch eine Binnenfahndung im 30-km-Bereich durch und ist an Bahnhöfen und auf dem Streckennetz der DB AG zuständig. Ebenfalls verwunderlich sind die Äußerungen Söders bei seinem Besuch der Polizeiinspektion Fahndung Traunstein, bei der er sagt: „Solange das Schengen-Abkommen nicht funktioniert, machen wir es halt selbst.“ Diese Aussage vermittelt das Gefühl, dass die bayerische Landesregierung der Arbeit der Bundespolizei offensichtlich nicht vertraut.

Sowohl Herr MdL Hubert Aiwanger (Freie Wähler) wie auch Herr MdL Muthmann (FDP) teilten vielfach die Meinung unserer GdP-VertreterInnen und sprachen diese Thematiken in persönlichen Schreiben und öffentlichen Veranstaltungen umgehend an.

Wir stellen uns dabei keineswegs gegen eine personelle Aufstockung der Landespolizei bzw. der Polizeiinspektion Fahndung. Jedoch ist allein der Name „bayerische Grenzpolizei“ unpassend und die Schaffung einer neuen Behörde in den Augen der GdP-Kreisgruppe Passau unnötig und eine Ressourcenverschwendung. Sinnvoller wäre es, das bereits gut ausgebaute System der Polizeiinspektion Fahndung kontinuierlich weiter zu stärken und mit mehr Personal zu unterstützen. Niemandem würden Doppelstrukturen oder gar konkurrierende Zuständigkeiten helfen.

In weiteren Gesprächen wurden mit Frau MdB Rita Hagl-Kehl und Herrn MdB Florian Pronold (bei-

de SDP), Herr MdB Thomas Erndl (CSU) sowie Frau MdL Katharina Schulze (innenpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen) diese Themenbereiche weiter vertieft und ausführlich erläutert.

Abschließend lässt sich feststellen, dass sich in einem Punkt alle einig waren: Der Landtagswahlkampf in Bayern darf nicht auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten in diesem Land ausgetragen werden!

**David Feldmann
für die GdP-Kreisgruppe Passau**



**Gespräch der GdP-Kollegen mit MdL Alexander Muthmann (FDP).
Fotos: GdP**



**MdB Bernstein mit den GdP-Kollegen Roger Nehls (li.) und Thomas Wulff (re.).
Foto: GdP**

Unter dem Motto „Bundespolizei stärken – Personal weiter aufbauen“ trafen sich der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Kiel, Thomas Wulff, und Roger Nehls, Fachberater Ermittlungsdienst der GdP-Direktionsgruppe Küste, mit der Bundestagsabgeordneten Melanie Bernstein (CDU) in Neumünster.

Der Abgeordneten Bernstein wurden zunächst die konkreten Aufgaben und die Organisation der Bundespolizei erläutert, insbesondere in ihrem Wahlkreis. Dabei wurde ihr auch das Konsolidierungsprogramm der GdP überreicht.

Einig war man sich, dass der bereits in die Wege geleitete Personalaufwuchs bei der Bundespolizei nicht nur notwendig ist, sondern auch hier im Norden ankommen

muss. Die aktuelle Altersstruktur in Schleswig-Holstein gebietet einfach, dass jüngere Einsatzkräfte hier zum Dienst erscheinen und auch noch ein Wissenstransfer von den „alten Hasen“ vor ihrer Pensionierung zu den jungen Kolleginnen und Kollegen möglich ist. Diskutiert wurde auch über die Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung insbesondere durch Cyber-Kriminalität. Einmal mehr wurde hierbei deutlich, dass die länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Verarbeitung und der Nutzung von Daten dringend verbessert werden muss.

Auch in der Zukunft soll der Informationsaustausch mit Melanie Bernstein stattfinden.

**Dirk Stooß für die
GdP-Direktionsgruppe Küste**



SAG JA ZU FRA!**Diskussions- und Gesprächsbedarf waren gegeben.**
Ende Mai lud die GdP-Kreisgruppe BPOLAST Diez zu einem Infoabend über die Arbeit am Flughafen Frankfurt ein.

Die Kreisgruppenvorsitzende Stefanie Weber und ihr Team um Oliver Stetefeld, Dieter Cappel und Rainer Weinbrenner vermittelten den AnwärterInnen Allgemeines und Besonderheiten rund um die BPOOLD Flughafen Frankfurt am Main – unterstützt von den KollegInnen der Frankfurter GdP-Direktionsgruppe Judith Hausknecht, Martin Schmitt, Michael Keßler, Kersten Thielmann und Eric Szibor.

Ein spannendes Thema, denn von den derzeit 450 Diezer Polizeischülerinnen und -schülern werden über die

Hälfte ein Praktikum im Bereich der Luftsicherheit auf dem Rhein-Main-Airport verbringen. So konnte Martin Schmitt, als Frankfurter GdP-Chef, mit seinem Team die Dienststellenstruktur authentisch abbilden und Aufklärungsarbeit aus der Praxis für die Praxis vermitteln.

Wichtigste Info: Den typischen Arbeitstag am Frankfurter Flughafen gibt es nicht, denn die Dynamik und die Besonderheiten des Gebildes Flughafen stellen spezielle Anforderungen an unsere Kolleginnen und Kollegen. Dass nicht jeder Beschäftigte „sein Auskommen“ mit dem Standort Rhein-Main findet, liegt bei der Größe der Dienststelle auf der Hand. Deshalb hat sich die Direktion auch immer wieder mit personellen Veränderungen auseinanderzusetzen. Und dennoch: Viele

engagierte und hilfsbereite Kolleginnen und Kollegen bringen sich mit viel Herzblut in das Gelingen der täglichen Aufgabenstellung sowie die Integration neuer Beschäftigter mit ein. Deshalb darf und sollte jede und jeder Einzelne sich ein eigenes Bild vom Frankfurter Flughafen machen.

Und die gute Zusammenarbeit zwischen der Diezer und Frankfurter GdP für unsere Kolleginnen und Kollegen wird garantiert ihre Fortsetzung finden.

Martin Schmitt & Stefanie Weber für die GdP-Direktionsgruppe Frankfurt Flughafen



Einführende Worte zum Standort Rhein-Main vom Frankfurter GdP-Chef Martin Schmitt.
Fotos: GdP

40 JAHRE UND KEIN BISSCHEN LEISE**Die Teilnehmer des Jubiläumsempfangs****Foto: GdP**

Bei seiner Ansprache an die versammelten Mitglieder der GdP-Kreisgruppe Sankt Augustin sagte der heutige Dienststellenleiter der dortigen Bundespolizeiabteilung, Walter Dederichs: „Als ich vor fast 40 Jahren hier angefangen habe, hat man mich vor den Gewerkschaftern Hofmann und Spurzem gewarnt!“

Was für ein Kompliment an die GdP-Gewerkschaftsarbeit. Dass diese Warnung ihr Ziel verfehlt hat, beweisen die 40 Jahre, auf die die GdP-Kreisgruppe Sankt Augustin inzwischen zurückblicken kann.

Zugleich feierte der ehemalige Kreisgruppenvorsitzende Franz Hofmann ein seltenes Jubiläum: Seit Gründung der Kreisgruppe ist er



40 JAHRE UND KEIN BISSCHEN LEISE

durchgehend Mitglied im Vorstand. Im Rahmen einer „polizeilichen Fahndungsmaßnahme“ konnte sogar der erste Kreisgruppenvorsitzende Klaus Schinzel, der aber den BGS früh verlassen hatte und einen anderen beruflichen Weg eingeschlagen hatte, ausfindiggemacht werden. In einem Grußwort ließ er die Anfangszeit mit allen Hindernissen und Problemen aufleben.

Diese Gründungszeit war geprägt durch die Unterstützung der GdP-Kreisgruppe Siegburg der Landespolizei NRW, von der zahlreiche Funktionäre der Einladung zum Festabend gefolgt waren. Sofort kamen die Erinnerungen an diese aufregende Zeit

wieder hoch und gegenseitig freute man sich auf das Wiedersehen nach so langen Jahren, denn ab 1994 ging die GdP beim BGS ihren eigenständigen Weg. So freuten sich alle Anwesenden auch über den Besuch von Theo Mayer, dem damaligen Gewerkschaftssekretär, der bei der Gründung der Kreisgruppe Sankt Augustin mit von der Partie war.

Der Bezirksvorsitzende Jörg Radek überbrachte ein Grußwort und gab einen ausführlichen gewerkschaftlichen Situationsbericht, der deutlich machte, dass es weiterhin einer „lauten GdP“ bedarf, um die aktuellen Problemstellungen aufzunehmen und Veränderungen herbeizuführen.

Heinz Selzner, Vorsitzender der Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei, übernahm die Aufgabe, zwölf Kollegen die Urkunde und Anstecknadel für ihre 40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit zu überreichen, von denen einige selber im Vorstand und in Personalräten tätig waren.

Bei Getränken und einem reichhaltigen Büfett wurden dann in lockerer Runde noch lange die Geschichten aus 40 Jahren GdP-Kreisgruppe ausgetauscht und weitere interessante Gespräche geführt und versprochen, dass die GdP in Sankt Augustin auch in den kommenden 40 Jahren kein bisschen leiser sein wird.

Wilfried Spurzem

NEUWAHLEN IN ESCHWEGE



GdP-KollegInnen Rauschenberg, Bönig, U. Neugebauer, Brill, Bretschneider, A. Neugebauer, Kubiak, Nitsch und Maas.

Foto: GdP

Bereits im März kam die GdP-Kreisgruppe Bundespolizei Eschwege zu ihrer jährlichen Mitgliederversammlung in den Räumen des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrums in der Langemarckstraße zusammen.

Im Mittelpunkt standen die Ehrungen langjähriger und treuer Mitglieder sowie die Neuwahlen des Kreisgruppenvorstandes.

Der amtierende Vorsitzende Uwe Neugebauer aus Meißner-Abterode stand für eine weitere Amtszeit nicht mehr zur Verfügung. Allein als Vorsitzender diente er seiner Gewerkschaft hier vor Ort über 20 Jahre, was ihm einen besonderen Dank der Versammlung einbrachte. Außerdem wurde er für 40 Jahre Treue zur GdP geehrt.

Auch Horst Bretschneider stand nach vielen Jahren als Kassierer nicht mehr für dieses Amt zur Verfügung und wurde aus dem Vorstand mit einer Ehrenurkunde für 50 Jahre treue Mitgliedschaft entlassen.

Außerdem wurden die Kollegen Theo Brill für 50 Jahre sowie die KollegInnen Anja Neugebauer, Andreas Kubiak, Jürgen Nitsch und Kai Habeck für 25-jährige Mitgliedschaft geehrt. Das Ehepaar Neugebauer konnte an diesem Abend somit insgesamt auf eine

gemeinsame Mitgliedschaft in der GdP von 65 Jahren zurückblicken!

Die Neuwahlen ergaben: Das Amt der Vorsitzenden übernimmt Diana Bönig, als ihre Stellvertreter wurden Jan Rauschenberg und Kai Habeck gewählt. Neuer Schriftführer ist Ralf Fischer, seine Stellvertretung übernimmt Andreas Kubiak. Des Weiteren wurden Michael Stricker zum Kassierer und Harald Hemmer zum stellvertretenden Kassierer gewählt. Die Funktion des Seniorensprechers übernimmt Hans-Jürgen Gerlach, die des Tarifsprechers Manfred Pohle.

Ein Grußwort von Rüdiger Maas, Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Bundespolizeiakademie, und ein gemeinsames Abendessen rundeten die Veranstaltung würdig ab.

**Jan Rauschenberg,
für die GdP-Kreisgruppe Eschwege**

NACHRUF

Mit tiefer Betroffenheit nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Michael Strott

der am 11. Mai 2018 im Alter von nur 41 Jahren viel zu früh verstarb. Wir trauern um einen anerkannten und liebenswerten Kollegen. Unser Mitgefühl gilt seinen Hinterbliebenen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Martin Schmitt für die GdP-Direktionsgruppe
Frankfurt am Main Flughafen**



VERTRAUENSLEUTETAGUNG DUDERSTADT



Vertrauensleute informieren sich über den DGB-Rechtsschutz für unsere Mitglieder.
Foto: GdP

21 Kolleginnen und Kollegen der GdP-Kreisgruppe Duderstadt trafen sich Ende Mai in Fuhrbach nahe Duderstadt zu einer Vertrauensleutetagung.

Ziel der Veranstaltung war es u. a. alle TeilnehmerInnen auf einen ein-

heitlichen Wissensstand zu bringen. Dazu informierten Steffen Ludwar aus der GdP-Direktionsgruppe Bereitschaftspolizei, Guido Kuhn als Vorsitzender des Gesamtpersonalrates bei der Direktion, die Juristen Cornelia van Buren und Werner Gierschke von der DGB-Rechtsschutz GmbH sowie der Kreisgruppenvorsitzende Dieter Wemheuer.

Themen waren vor allem die strategische Ausrichtung und personelle Auffüllung der Direktion und der Abteilung, ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan und die Dienstpostenneubewertung, die Problematik von Anlassbeurteilungen für Beförderungen 2018 nach Freigabe Kassenanschlag und die Ersatzbeschaffung bzw. Modifizierung von Führungs- und Einsatzmitteln.

Außerdem ging es um den Rechtsschutz für GdP-Mitglieder, die Änderung Erschwerniszulagenverordnung, die Unterstützung von Aufgabenabgrenzung zu den MKÜ der regionalen Direktionen, die weitere, personelle Unterstützung der regionalen Direktionen 2018 sowie die Verhandlung zur Einsatzvergütung vor dem VG Leipzig „Elmau 2015“.

Die von der Kreisgruppe im März abgegebene Stellungnahme zur Möglichkeit der Entwicklung des ODP (personelle Auffüllung der BPOLABT DUD) wurde im Antrag der GdP-Direktionsgruppe zur Organisationsentwicklung der Bereitschaftspolizei vollinhaltlich übernommen. Der Vorsitzende informierte in diesem Zusammenhang auch über die geführten Gespräche mit den regionalen Bundestags- und Landtagsabgeordneten.

Dieter Wemheuer, für die GdP-Kreisgruppe Duderstadt

EHRUNGEN UND VERABSCHIEDUNGEN



Unsere Pasewalker Kollegin Sigrun Staub erhält ihre Ehrenurkunde von Gerd Edinger.



25 Jahre Mitgliedschaft: Ehrung der Jubilare Nicole Hochgesang und Henry Rosemann durch die Vertreter der GdP-Kreisgruppe Oerlenbach, Michael Beyfuß (li.) und Nico Rogge (re.).



Sven Armbruster, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe MUC, verabschiedete die Kollegen Johann Huber (Bild links) und Thomas Voit (Bild rechts) in den wohlverdienten Ruhestand.



Daniel Emde ehrt den Rostocker Kollegen Hans-Christian Pinnisch.
Alle Fotos: GdP

